

Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreis Coesfeld – Coesfelder Str. 15 – 48249 Dülmen

Landrat des Kreises Coesfeld  
Dr. Christian Schulze Pellengahr  
Friedrich-Ebert-Straße 7  
48653 Coesfeld

10.03.2023

**Antrag: Erklärung zu den HH-Reden von Herrn Kleerbaum und Frau Schäfer**

Sehr geehrter Herr Dr. Schulze Pellengahr,

im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen wir folgenden Antrag zur Beratung in der nächsten Sitzung des Kreistages.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die beigegefügte Erklärung der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Haushaltsreden des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion und der stellv. Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion am 07.12.2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Erklärung der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird ergänzend zu den veröffentlichten Haushaltsreden auf der Homepage des Kreises unter "Haushalt 2023" veröffentlicht.

**Begründung:**

In ihren Reden zum Beschluss des Haushaltes 2023 (SV-10-0727/2) haben Frau Schäfer und Herr Kleerbaum einen Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sachlich falsch und sinnentstellend wiedergegeben. Da diese Redebeiträge eine hervorgehobene Bedeutung haben und daher auch entsprechend auf der homepage des Kreises Coesfeld dokumentiert werden, ist eine öffentliche Richtigstellung geboten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. *Norbert Vogelpohl*  
gez. *Mareike Raack*

Anlage: Erklärung

## Erklärung:

Zu dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Reduzierung der Kreisumlage“ (Anlage zur SV-10-0727/2 - TOP 21 Kreistag, vom 03.11.2022) haben Herr Kleebaum (CDU-Kreistagsfraktion) und Frau Schäfer (FDP-Kreistagsfraktion) in ihren dokumentierten Reden ausgeführt:

"Nicht nachvollziehbar ist aus unserer Sicht, dass die Grünen-Fraktion – im Jahr nach dem gemeinsamen Beschluss zum „Letter of Intent“ und gegen den Willen der Bürgermeister – die **Ausgleichsrücklage vollständig auflösen will.**" (Kleebaum)

"Deshalb war es die richtige Entscheidung des Finanzausschusses, den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen abzulehnen, die Ausgleichsrücklage zugunsten eines Einmaleffektes in diesem Jahr um 7 Mio Euro zu reduzieren. Wir wissen wie gesagt nicht, was in den nächsten Jahren noch auf uns zu kommt, weshalb wir uns dieser **Rücklage nicht auf einen Schlag berauben** dürfen. Viel mehr muss es uns zwar darum gehen, wie im Letter of Intent vereinbart, die Ausgleichsrücklage auf 1 % der Bilanzsumme zu senken, aber nicht mit einem „Wumms“ sondern mit Augenmaß und mit aller gebotenen Vorsicht vor dem Hintergrund der oben genannten Krisen." (Schäfer)

Ausweislich der Antragsformulierung und der entsprechenden Begründung hatte die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch beantragt, für den erforderlichen Haushaltsausgleich 7,0 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage zu entnehmen, und diese somit auf ca. 1,8 Prozent der Bilanzsumme abzusenken. Die oben zitierten Aussagen, der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde zu einer vollständigen Auflösung der Ausgleichsrücklage führen, sind somit sachlich falsch!